

"Don't worry, be happy": Polens Europa-Politik nach den Wahlen

Mildenberger, Markus

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mildenberger, M. (2001). "Don't worry, be happy": Polens Europa-Politik nach den Wahlen. *Internationale Politik*, 56(10), 73-74. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-122510>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

„Don't worry, be happy“

Polens Europa-Politik nach den Wahlen

von Markus Mildemberger

Mit den Worten „Don't worry, be happy“ versuchte Polens Staatspräsident, Aleksander *Kwasniewski*, die Sorgen über das Ergebnis der Parlamentswahlen vom 23. September 2001 auszuräumen. Gibt es Grund zur Zufriedenheit oder haben diejenigen Kommentatoren Recht, die nun den EU-Beitritt Polens durch antieuropäische Populisten gefährdet sehen? Manche Warnung scheint vorschnell ausgesprochen zu sein.

Die Polen haben nicht über den Beitritt zur Europäischen Union abgestimmt – dieses Thema spielte im Wahlkampf kaum eine Rolle –, sondern über die Innenpolitik, die vom Verfall der Regierung *Jerzy Buzek*, von Dilletantismus, Vetternwirtschaft und einem wachsenden Haushaltsdefizit gekennzeichnet war. Umgekehrt wurde das linke Wahlbündnis SLD-UP nicht wegen seiner proeuropäischen Haltung gewählt, sondern weil sein starker Mann, *Leszek Miller*, Stabilität und Ruhe versprach.

Die Klage, nun seien populistische Gruppierungen in den Sejm eingezogen, die Europa gegenüber skeptisch bis feindlich eingestellt seien, ist zwar sachlich richtig, erweckt aber den falschen Eindruck, es handele sich

hierbei um ein neues Phänomen. Die antieuropäische Opposition ist nicht vom Himmel gefallen, sondern übte im letzten Sejm bereits über das AWS-Ticket (AWS = Wahlaktion Solidarność) direkten Einfluss auf die Europa-Politik der Regierung *Buzek* aus. Die „Liga der polnischen Familien“, die eine Aufkündigung des Assoziierungsvertrags mit der EU fordert, ist nichts anderes als ein Sammelbecken verschiedener radikaler national-katholischer, antisemitischer und antiliberaler Gruppen, die zuvor im AWS-Spektrum aktiv gewesen sind. Die Gründungsratio der AWS hatte ja gerade darin bestanden, alles an sich zu binden, was sich das Etikett „rechts“ und „antikommunistisch“ angeheftet hatte. Diese Einbindungsstrategie erwies sich schon bald als gescheitert. Die Rücksicht, die Ministerpräsident *Buzek* auf den kleinen radikalen Flügel nehmen musste, war denn auch Sand im Getriebe der polnischen Europa-Politik.

Insofern ist es ein Fortschritt, dass sich die klaren EU-Gegner nun nicht mehr unter dem Deckmantel einer konservativen Regierung verstecken können, sondern offen für ihre Positionen werben müssen, die in der polnischen Bevölkerung keineswegs mehrheitsfähig sind und ihnen eher ein Exotendasein im einstelligen Prozentbereich bescheren werden.

Die Oppositionsmandate einfach zu addieren und mit dem antieu-

Markus Mildemberger,
Leiter der Arbeitsstelle Ostmitteleuropa
am Forschungsinstitut der DGAP, Berlin.

ropäischen Potenzial gleichzusetzen führt in die Irre. Während die antieuropäische Haltung der „Liga“ einer Weltsicht entspringt, in der sich das gottlose Europa des Kapitals unter jüdisch-deutscher Führung gegen Polen verschworen hat, handelt es sich bei den beiden Bauernparteien Samoobrona (Selbstverteidigung) und PSL eher um ideologiefreie Interessenvertretungen (vor allem der ihrer Funktionäre). Die militante Agitation der Samoobrona gegen westliches Kapital, die Handgreiflichkeiten z.B. gegen landwirtschaftliche Importe aus der EU einschließt, dient vor allem der Mobilisierung ihrer Anhänger. Sollte aber die europäische Integration den Landwirten ökonomische Perspektiven eröffnen, werden fragwürdige Bauernführer wieder zu Randfiguren.

In der europapolitisch äußerst heterogenen Opposition liegt auch eine Chance für die neue Regierung *Miller*. Will sie nicht wie ihre glücklose Vorgängerin Schiffbruch erleiden, dann muss sie alles auf eine Karte setzen und Polen noch vor Abschluss der Legislaturperiode in die EU führen. Einen Wahlkampf in der Schlussphase der Beitrittsverhandlungen, in der es unwillkürlich zu einem weiteren Absinken der EU-Zustimmung kommen wird, würde die Regierung politisch nicht überleben. Schafft sie den Beitritt, dann macht der Erfolg den Unmut über das Gezerre um Übergangsfristen und Strukturhilfen schnell vergessen.

Ein rascher Beitritt aber erfordert eine flexible und nötigenfalls auch

kompromissbereite Verhandlungsführung. Hier ist der Spielraum für die neue Regierung jedoch nicht besonders groß. Kompromissbereitschaft gegenüber Brüssel wird nicht nur vom politischen Gegner, sondern auch innerhalb des eigenen Lagers als Schwäche ausgelegt werden. Am schwierigsten wird es jedoch sein, den Trend in der öffentlichen Debatte umzukehren, in der nicht mehr der rasche Beitritt, sondern eine kompromisslose Haltung gegenüber Brüssel gefordert wird.

Hier tragen die EU-Mitgliedsländer eine Mitverantwortung. Der beschlossene Fahrplan der Erweiterung, der für das Jahr 2002 den Abschluss der Verhandlungen und für 2004 die ersten Beitritte vorsieht, darf nicht mehr in Frage gestellt werden. In der Schlüsselfrage der Verhandlungen des kommenden Jahres, in der Agrarpolitik, muss die Europäische Union mehr Phantasie beweisen. Bisher haben nationale Egoismen eine sinnvolle Neuordnung verhindert. Die Absicht, die polnischen Landwirte aus dem System der Ausgleichszahlungen auszuschließen, wird in Polen über alle Parteigrenzen hinweg als Affront aufgefasst.

Kompromissbereitschaft kann eine polnische Regierung nur dann zeigen, wenn auch hier ein konkreter Zeitplan vorgelegt wird, der eine schrittweise Gleichstellung fest verankert. Andernfalls droht nicht nur die neue Regierung zu scheitern, sondern gleich die gesamte Erweiterung, die ohne Polen wertlos wäre.